



Kraftwerksbau in Datteln

DERNER / ACTION PRESS (L.); FRANK DÄRCHINGER/DÄRCHINGER.COM (U.)

KLIMASCHUTZ

„Fatale Entwicklung“



Stephan Kohler, 56, Chef der Deutschen Energie-Agentur, über den Baustopp eines der größten europäischen Steinkohlekraftwerke im nordrhein-westfälischen Datteln

SPIEGEL: Herr Kohler, Umweltschützer feiern das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster gegen das Kraftwerksprojekt in Datteln als Erfolg für den Klimaschutz. Haben sie recht?

Kohler: Eindeutig nein. Wer neue Kohlekraftwerke mit einem Wirkungsgrad von 45 Prozent verhindert, sorgt dafür, dass ältere, ineffizientere Anlagen länger laufen. Das führt unter dem Strich zu höheren CO₂-Emissionen.

SPIEGEL: Das Oberverwaltungsgericht bemängelt aber, dass der hohe CO₂-Ausstoß des Kraftwerks nicht zu den Zielen der Landesentwicklung passe. Ist es da nicht logisch, das Projekt zu stoppen?

Kohler: Offenbar haben die Richter, wie viele andere auch, dieses Projekt nur isoliert betrachtet. Wir brauchen neben dem Ausbau regenerativer Energiequellen eine gesicherte Kraftwerksleistung, um die Stromversorgung zu gewährleisten. Woher sollen 70 Prozent der Elektrizität kommen, wenn wir bis 2020 erst

30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen können? Außerdem wollen wir auch noch die Atomkraftwerke abschalten und alte, ineffiziente Kohlekraftwerke möglichst schnell stilllegen. Diese Frage würde ich von den Richtern gern beantwortet bekommen.

SPIEGEL: Wer hat denn Schuld an dem Baustopp?

Kohler: Den Klägern kann man formal keine Schuld geben, sie machen von ihrem Recht Gebrauch, auch E.ON nicht. Ich denke, die Planungsbehörden haben die Fehler gemacht, weil sie falsch oder lückenhaft abgewogen haben.

SPIEGEL: E.ON hat schon 600 Millionen Euro in das Projekt investiert und soll nun vielleicht auch die Abrisskosten tragen ...

Kohler: ... dieses Urteil ist nicht verhältnismäßig. Datteln ist die größte Baustelle im Energiebereich in Deutschland, da geht es auch um Hunderte Arbeitsplätze. Wir brauchen in Deutschland dringend eine umfassende Modernisierung der Energie-Infrastruktur. Da wirkt so ein Urteil abschreckend auf potentielle Investoren.

SPIEGEL: Auch Öko-Investoren stoßen mit ihren Plänen oft auf Widerstand.

Kohler: Es gibt in Deutschland Widerstand gegen alles, gegen Stromleitungen, Biogasanlagen, Windanlagen, moderne Kohlekraftwerke. Alle wollen eine effizientere, umweltfreundliche, dezentrale Energieversorgung. Aber wenn sie dann vor die eigene Haustüre kommt, ist das Entsetzen groß. Das ist eine fatale Entwicklung.

EU-KOMMISSAR

Unionsabgeordnete fordern Schäuble

Bundeskanzlerin Angela Merkel gerät bei der Benennung des deutschen EU-Kommissars unter Druck aus den eigenen Reihen. Die Europaabgeordneten von CDU und CSU fordern Merkel auf, einen Minister oder einen Ministerpräsidenten für das Amt zu benennen. „Der neue Kommissar muss ein echtes politisches Schergewicht sein“, sagt der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen. Damit wird eine Benennung von Innenminister Wolfgang Schäuble für den Posten



Schäuble

TOBIAS SCHWARZ / REUTERS

wahrscheinlicher. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch, der ebenfalls als Kandidat gehandelt wurde, hat bereits erklärt, er stehe nicht zur Verfügung. Merkels Günstling, der frühere CDU-Generalsekretär Peter Hintze, ist wohl aus dem Rennen. Überlegungen, den Posten des Kommissars in Koalitionsverhandlungen nach der Wahl einzubringen, lehnt der CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber ab: „Es muss ein Unions-Kandidat sein.“ Die Abgeordneten drohen Merkel für den Fall, dass diese ihre Forderungen nicht berücksichtigt, mit einem Nein zum Kandidaten. „Es sollte selbstverständlich sein, dass wir bei der Suche intensiv eingebunden werden und dem Kandidaten ein positives Votum mitgeben“, sagte Langen.

AUSSENPOLITIK

Brisantes Treffen

Trotz des Boykotts durch die Bundesregierung und die EU ist ein führender Außenpolitiker der CDU jüngst mit Spitzen der islamistischen Hamas zusammengetroffen. Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, hat vor einigen Wochen in Genf mit Ex-Diplomaten aus den USA, Frankreich und Großbritannien sowie Hamas-Vertretern gesprochen. Polenz wollte „ausloten, welche Flexibilität bei Hamas besteht“, die Bedingungen der EU zur Aufnahme von Gesprächen zu erfüllen. Dazu gehören die Anerkennung Israels und der Verzicht auf Gewalt. Zu dem Treffen hatten zwei Nichtregierungsorganisationen eingeladen. Er habe die Gespräche „nicht im Auftrag der Bundesregierung geführt“, sagt Polenz, und diese auch nicht informiert.